

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Studie zu Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten der Strukturförderung in der Lausitzer Kohleregion initiieren**

Der Landtag stellt fest:

Die Wirtschaft der Kohleregion Lausitz steht aufgrund von Strukturwandel- und Transformationsprozessen vor erheblichen Herausforderungen. Dies betrifft vordergründig viele gut bezahlte Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt mit Wertschöpfungsketten des Kohleabbaus verbunden sind.

Die aktuell vorhandenen wirtschaftlichen Potenziale der Wertschöpfungsketten dürfen nicht ohne eine gleichwertige Erneuerung im Dekarbonisierungsprozess ausgegrenzt oder gar abgeschafft werden. Der Strukturwandel- und Transformationsprozess hat so zu erfolgen, dass die Schaffung von Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten im Vordergrund steht.

Der Landtag möge beschließen:

- a. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle bisher seitens der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) der Staatskanzlei bestätigten Projekte der ersten Förderperiode im Strukturwandel der Kohleregion Lausitz durch eine unabhängige, methodisch und empirisch fundierte Studie, ähnlich der „IW-Consult-Studie zu den Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten der Strukturförderung im Rheinischen Revier“, auf Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekte bei der Strukturförderung zu prüfen und im Prozesspapier, dem „Lausitzprogramm 2038“, ergänzend aufzunehmen.  
Alle Projekte sind darin auf ihren Beitrag zum Strukturwandel, der Schaffung von zukünftigen Arbeitsplätzen und auf ihren ökonomischen Ausstrahlungseffekt in der Kohleregion Lausitz zu prüfen.
- b. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch eine unabhängige, methodisch und empirisch fundierte Studie, ähnlich der „IW-Consult-Studie zu den Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten der Strukturförderung im Rheinischen Revier“, die Betrachtung zur Schaffung von zukünftigen Arbeits- und Wertschöpfungsketten bei der Strukturförderung zu prüfen und ebenfalls die resultierenden Steuereinnahmen für die betroffenen Kommunen zu eruieren.

Begründung:

Es ist aktuell wichtig, dass die Landesregierung vorab eine detaillierte Erfassung, Bewertung und Abschätzung der von der Strukturförderung der Lausitzer Kohleregion zu erwartenden ökonomischen Effekte vornimmt.

Das „Lausitzprogramm 2038“ (vgl. [https://lausitz-brandenburg.de/wp-content/uploads/2020/09/Lausitzprogramm-2038\\_20200914.pdf](https://lausitz-brandenburg.de/wp-content/uploads/2020/09/Lausitzprogramm-2038_20200914.pdf)) enthält zwar nützliche Handlungsempfehlungen und ermöglicht einen recht detaillierten Einblick in die vorausgegangenen Abwägungsprozesse; indes fehlen weiterhin Erfassung, Bewertung und Abschätzung der von der Strukturförderung konkret zu erwartenden ökonomischen Effekte in der Kohleregion Lausitz, die beispielsweise die „IW-Consult-Studie zu den Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten der Strukturförderung im Rheinischen Revier“ liefert (vgl. <https://www.wirtschaft.nrw/pressemitteilung/arbeitsplatz-und-wertschoepfungseffekte-rheinisches-revier>). Der IW-Consult-Studie zu den Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten der Strukturförderung sind im Wesentlichen Informationen zur Anzahl der Schaffung neuer Arbeitsplätze, zu Wertschöpfungspotenzialen oder zu Innovationsimpulsen zu entnehmen.

Auch wird eine intensive Einbindung der Unternehmen in die Förderprogramme empfohlen, um einen größtmöglichen positiven Effekt im Sinne neuer und erfolgreicher Geschäftsmodelle zu erhalten.

Da die Fördermittel der ersten Förderperiode zum Strukturwandel in der Kohleregion - bis 31. Dezember 2026 rund 1,42 Mrd. Euro Bundesmittel bewilligt, ca. 1,2 Mrd. Euro an Projekten (Stand März 2022) – fast komplett an Projekte gebunden sind, ist es jetzt nötig, konkret zu prüfen, welche Auswirkungen auf Arbeits- und Wertschöpfungsketten es geben wird. Die aktuellen Unsicherheiten und Krisen an den Energiemärkten üben ebenfalls enormen Druck auf die Energie- und Versorgungssicherheit und deren Wertschöpfungsketten aus, die durch den zusätzlichen Transformationsprozess enorm belastet werden.